



# OSZE PV

*Deutsche Delegation*

**- Sekretariat -**

Kurzbericht

7. Wintertagung der Parlamentarischen  
Versammlung der OSZE  
in Wien (Österreich) am  
21./22. Februar 2008

*Kurzbericht über die*

- Sitzung des Ständigen Ausschusses
- gemeinsamen Sitzungen der drei Allgemeinen Ausschüsse
- Sitzung des Allgemeinen Ausschusses für politische Angelegenheiten und Sicherheit
- Sitzung des Allgemeinen Ausschusses für wirtschaftliche Angelegenheiten, Wissenschaft, Technologie und Umwelt
- Sitzung des Allgemeinen Ausschusses für Demokratie, Menschenrechte und humanitäre Fragen
- Sonderdebatte zu den Themen „Kosovo“ sowie „Raketenabwehrschild und der KSE-Vertrag“

## Zusammenfassung

Vom 22. bis 23. Februar 2007 fand die 7. **Wintertagung** der OSZE PV in Wien statt. Von deutscher Seite nahmen teil: **Abg. Willy Wimmer** (CDU/CSU, stellvertretender Delegationsleiter), **Abg. Hans Raidel** (CDU/CSU), **Abg. Prof. Gert Weisskirchen** (SPD), **Abg. Uta Zapf** (SPD), **Abg. Hedi Wegener** (SPD) und **Abg. Marieluise Beck** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN).

Die Delegierten wurden von der Präsidentin des österreichischen Nationalrates, **Barbara Prammer**, begrüßt. Im Rahmen der Wintertagung sprachen zu den Delegierten: Botschafter **Marc Perrin de Brichambaut** (Frankreich, Generalsekretär der OSZE), die Berichterstatter der drei Allgemeinen Ausschüsse in der OSZE PV **Abg. Wolfgang Grossruck** (Österreich), **Abg. Roland Blum** (Frankreich) und **Walburga Habsburg Douglas** (Schweden), die durch den Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung ernannten Sonderbeauftragten **Abg. Kimmo Kiljunen** (Finnland, Sonderbeauftragter für Zentralasien), **Abg. Riccardo Migliori** (Italien, in Vertretung für **Abg. Carlo Vizzini** (Sonderbeauftragter für den Kampf gegen transnationale organisierte Kriminalität)), Senatorin **Anne-Marie Lizin** (Belgien, Sonderberichterstatterin für Guantánamo), **Abg. Alcee L. Hastings** (USA, Sonderbeauftragter für Angelegenheiten der Mittelmeeranrainer), **Abg. Hilda Solis** (USA, Sonderbeauftragte für Migration der OSZE PV), **Abg. Pétur Blöndal** (Island, Sonderbeauftragter für den OSZE-Haushalt) sowie Staatssekretärin **Teija Tiilikainen** (Sonderbeauftragte des finnischen Vorsitzes in der OSZE, Außenminister Ilkka Kanerva). Mündliche Berichte über ihre Arbeit gaben Botschafter **Knut Vollebaek** (Norwegen, Hoher Kommissar der OSZE für nationale Minderheiten), **Bernard Snoy** (Belgien, Koordinator für Wirtschaft und Umwelt der OSZE), Botschafter **Christian Strohal** (Österreich, Direktor des Büros für Demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR)) und **Miklós Haraszti** (Ungarn, Medienbeauftragter der [der](#) OSZE).

Die deutsche Delegation führte am Rande der Konferenz Gespräche mit Botschafter Andreas Nothelle (Verbindungsbüro des Internationalen Sekretariats der OSZE PV, Wien) und Botschafter Dr. Axel Berg (Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der OSZE, Wien).

## Einleitung

Die 7. Wintertagung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE (OSZE PV) fand vom 21. bis 22. Februar 2008 in Wien statt. An der Versammlung nahmen etwa 240 Parlamentarierinnen und Parlamentarier aus 46 der 56 Mitgliedstaaten der OSZE PV teil. Die deutsche Delegation in der OSZE PV war durch die Abgeordneten **Willy Wimmer** (CDU/CSU, stellvertretender Delegationsleiter), **Hans Raidel** (CDU/CSU, Schatzmeister der Parlamentarischen Versammlung der OSZE), **Hedi Wegener** (SPD), **Uta Zapf** (SPD, Vorsitzende der Ad hoc Arbeitsgruppe Belarus) und **Prof. Gert Weisskirchen** (SPD, Persönlicher Beauftragter des Vorsitzenden der OSZE für die Bekämpfung des Antisemitismus) und **Marieluise Beck** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) vertreten.

**Donnerstag, 21. Februar 2008**  
**Sitzung des Ständigen Ausschusses**

**Göran Lenmarker** (Schweden), Vorsitzender des Ständigen Ausschusses und Präsident der OSZE PV, begrüßte die Delegierten zur Sitzung des Ständigen Ausschusses und gab im Weiteren unter TOP 3 einen Abriss über seine außenpolitischen Aktivitäten. Er berichtete, dass er die OSZE PV sowohl vor dem amerikanischen Kongress vertreten als auch Gespräche in Russland, Algerien, Marokko und Tunesien, Israel, Jordanien sowie in der Türkei geführt habe. Präsident **Lenmarker** betonte, dass Gespräche mit den Partnerländern über gemeinsam interessierende Fragen wichtig seien, wenn das friedliche Zusammenleben der Völker gefördert werden solle. Er sprach sich dafür aus, dass auch die Palästinenser OSZE-Partner werden sollten. Er kündigte an, dass er in Kürze – gemeinsam mit Regierungsvertretern des finnischen Außenministeriums, auch Gespräche in den Kaukasus-Ländern führen werde.

**TOP 4 Bericht des Schatzmeisters der OSZE PV**

Abg. **Hans Raidel** (Deutschland, Schatzmeister der OSZE PV) erläuterte seinen Bericht (Anlage 1), der zeige, dass die Parlamentarische Versammlung der OSZE einen ausgeglichenen Haushalt habe. Das beweise, dass die OSZE PV vernünftig wirtschaftete. Er bat die Mitgliedsländer, die ihre Beiträge für das laufende Haushaltsjahr noch nicht angewiesen hätten, dies so bald wie möglich zu tun.

Präsident **Lenmarker** dankte dem Schatzmeister für den Bericht und dem Internationalen Sekretariat in Kopenhagen für seine hervorragende Arbeit. Der Bericht des Schatzmeisters wurde ohne Diskussion angenommen.

**TOP 5 Bericht des Botschafters Marc Perrin de Brichambaut**

Botschafter **Marc Perrin de Brichambaut** (Frankreich, Generalsekretär der OSZE) berichtete über den Stand der Arbeiten auf Regierungsebene, die Ergebnisse des Ministertreffens in Madrid sowie darüber, dass man sich auf folgende Vorsitzländer in der OSZE bis 2011 geeinigt habe: 2009: Griechenland, 2010: Kasachstan, 2011: Litauen. Der finnische Vorsitz beziehe diese Länder bereits in seine Arbeit ein, einerseits um Kontinuität zu gewährleisten und andererseits, um Ländern wie Kasachstan Hilfestellung für ihre Präsidentschaft zu geben. Des Weiteren habe man sich vorgenommen, die Beziehungen zu den asiatischen und den Ländern des Mittelmeerraumes zu vertiefen. Es werde daran gedacht, hierzu einen Partnerschaftsfond zu schaffen. Weitere Arbeitsschwerpunkte stellten die Stärkung der inneren Sicherheit Afghanistans dar, z. B. durch gezielte Ausbildungsprogramme für Grenzbeamte, die Hilfestellung beim Kampf gegen den Drogenanbau, der Kampf gegen den Terrorismus, die Sicherung der Energieversorgung, die Erarbeitung eines Verhaltenskodexes für den Umgang mit konventioneller Munition, die Stärkung von Toleranz und der Kampf gegen Menschenhandel, insbesondere mit Kindern sowie die Bewusstmachung der Tatsache, dass Umwelt und Sicherheit miteinander verknüpft seien. In einem gesonderten Treffen hätten sich die Minister ausschließlich mit der Kosovo-Frage beschäftigt. Die Minister hätten die Überzeugung geäußert, dass im Konfliktfeld ehemaliges Jugoslawien eine neue Etappe für ein friedliches Zusammenleben der Völker auf dem Balkan eingeleitet werden müsse. Hinsichtlich

der Verbreitung des KSE-Vertrages befinde man sich in einer Sackgasse. Das sei bedauerlich, da der Vertrag Auswirkungen auf die Demokratie und die Sicherheit im OSZE-Raum habe. Dies alles zeige, dass die OSZE ein wichtiges Forum für den Dialog über die Sicherheit im OSZE-Raum darstelle, aber die Grundlagen der Organisation durch die politischen Rahmenbedingungen immer mit bestimmt würden.

In der anschließenden Diskussion über den Bericht wurde insbesondere von Mitgliedern der Delegationen aus der **Ukraine** und **Russland** angemerkt, dass sich die OSZE in einer schwierigen Phase befinde. Während ein Mitglied der Delegation der **Ukraine** für eine „Globalisierung“ der OSZE eintrat, weil Sicherheit nur in einem weltweiten Rahmen hergestellt werden könne, hielt ein Mitglied der Delegation **Russlands** fest, dass die OSZE ihre Möglichkeiten nicht voll nutze. Die OSZE müsse darum reformiert werden. Wahrgenommene Mängel und Schwierigkeiten ließen sich durch eine Satzung beseitigen. Russland habe hierzu bereits Vorschläge vorgelegt, die auch die Arbeit von BDIMR mit einschließen. Ein Mitglied der Delegation **Portugals** stimmte der Auffassung zu, dass sich die OSZE zur Zeit in Turbulenzen befinde. Die OSZE PV müsse bei der Arbeit vor Ort stärker einbezogen werden. Ein Mitglied der Delegation **Islands** wies auf die Tatsache hin, dass der Haushalt der OSZE für das laufende Haushaltshaltsjahr noch nicht verabschiedet sei. Ohne einen gültigen Haushalt sei keine kontinuierliche Arbeit möglich. Er beurteile daher die Chancen für eine Reform skeptisch. Ein Mitglied der Delegation **Belgiens** sprach die Ungewissheit über den Fortgang der OSZE-Mission im Kosovo an und ein Mitglied der Delegation **Aserbaidschans** wies darauf hin, dass die Normen des Völkerrechts und die Vereinbarungen aus der Helsinki-Schlussakte im OSZE-Raum eingehalten werden müssten.

Botschafter **Marc Perrin de Brichambaut** stimmte der Auffassung zu, dass ohne gültigen Haushalt eine kontinuierliche Arbeit schwierig sei und Auswirkungen auf OSZE-Missionen nicht auszuschließen seien. Er appellierte an die Regierungen, für das Problem eine Kompromissformel zu finden. Er sei der Auffassung, die OSZE setze das ihr zur Verfügung stehende Geld effizient ein. So zeigten z. B. die Ausgaben für die Mission im Kosovo den Menschen in der Region, dass die internationale Gemeinschaft weiter aktiv sei und sich um sie kümmere. Er sehe die OSZE an vorderster Front im Kampf für die Menschenrechte und gegen den Menschenhandel. Für die OSZE bildeten die allgemeinen Grundwerte die Basis für ihre Arbeit. Die Schwierigkeiten bei der Lösung von Fragen hinsichtlich Sicherheit und Rüstungskontrolle seien bekannt, aber es gebe in der Gemeinschaft eine ausgeprägte Haltung zum Konsens und zur Kooperation. Die OSZE PV stelle ein Element in diesem Zusammenspiel dar.

**Spencer Oliver** (Generalsekretär der OSZE PV), stellte unter TOP 6 in kurzer Form die Arbeit des Internationalen Sekretariats in Kopenhagen dar (Anlage 2) und dankte dem österreichischen Parlament für die Organisation und Gastfreundschaft.

## **TOP 7      Berichte der Sonderberichterstatter**

In seinem Bericht sprach der Sonderberichterstatter für Zentralasien **Kimmo Kiljunen** hinsichtlich der Parlamentswahlen in Kirgisistan 2007 von einer Chance, die das Land vertan habe. Der positive Eindruck der Parlamentswahlen aus dem Jahr 2005 - in Bezug auf Organisation und Parteienvielfalt - habe sich nicht

fortgesetzt. Mit Blick auf die Zusammenarbeit mit den zentralasiatischen Ländern rate er zu größerer Aktivität und zu einer verstärkten Kooperation mit deren Parlamenten.

Ein Mitglied der Delegation **Kirgisistans** widersprach dieser Einschätzung. Es seien etwa 600 Wahlbeobachter im Land gewesen, 12 politische Parteien seien zur Wahl angetreten und die gewählten 90 Abgeordneten gehörten drei dieser Parteien an. Der Bericht der Wahlbeobachter erfülle sie mit Sorge, weil in Kirgisistan eine objektive Wahl habe getroffen werden können, das Land alle Verpflichtungen erfüllt habe und sich auch weiter für deren Einhaltung einsetzen werde. Ein Mitglied der Delegation der **USA** stellte fest, dass Wahlbeobachtung dazu beitragen könne, seinen Nachbarn besser kennenzulernen. Er schlage vor, eine Gruppe ins Leben zu rufen, die sich mit Meinungsverschiedenheiten, wie sie im Zuge von Wahlbeobachtungsmissionen entstünden, auseinandersetzen solle. Ein Mitglied der Delegation der **Niederlande** fragte, wie die Zusammenarbeit von OSZE PV und BDIMR mit den anderen Organisationen aussehe. Ein Mitglied der Delegation **Georgiens** lobte die Arbeit der Wahlbeobachter in Georgien. Sie hätten mit ihrer Arbeit dazu beigetragen, dass Georgien einen großen „demokratischen Schritt“ vorwärts gemacht habe. Er teilte mit, dass die Einladungen zur Beobachtung der Parlamentswahlen im Frühjahr 2008 bereits versandt seien. Ein Mitglied der Delegation **Belgiens** berichtete, dass die Wahl in Armenien weitgehend im Einklang mit den von der OSZE und dem Europarat gesetzten Standards erfolgt sei. Ein Mitglied der Delegation **Armeniens** dankte den Wahlbeobachtern für ihre Arbeit und stellte fest, dass Anmerkungen der Wahlbeobachter analysiert würden, um daraus zu lernen. Ein Mitglied der Delegation **Irlands** strich die Bedeutung von Wahlbeobachtungen heraus. Sie stellten einen Schwerpunkt der Arbeit der PV dar.

Präsident **Lenmarker** fasste zusammen, dass Wahlbeobachtung im Rahmen der Demokratisierungsarbeit wichtig sei. Er begrüßte die enge Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen auf diesem Gebiet. Er rief die Berichte der Arbeit der Ad hoc-Ausschüsse auf und kündigte an, dass der Bericht über den Transnistrien-Konflikt schriftlich erfolgen werde.

Abg. **Josselin de Rohan** (Vorsitzender der Gruppe der Parlamentarier in der OSZE PV für Moldawien) berichtete (Anlage 3), dass in Bezug auf Demokratisierung sowohl Probleme als auch Fortschritte festzustellen seien. Moldawien sollte zu einer Annäherung an die EU ermutigt werden, um den Vertrauensmangel zu überwinden. Er könne sich auch vorstellen, dass Treffen auf der Ebene Russische Föderation, USA, EU und Moldawien sinnvoll seien.

Ein Mitglied der Delegation **Moldawiens** dankte für den Bericht und stellt fest, dass dieser Richtiges, aber auch einseitige Darstellungen enthalte. Enttäuscht sei er von den Schlussfolgerungen, die die Transnistrien-Frage betreffen. Er kündigte an, dass Moldawien einen eigenen Bericht vorlegen werde. Abg. **Uta Zapf** (Deutschland) stellte fest, dass die Einladungen zur Kurz- und Langzeitbeobachtung der Wahlen in Belarus auf dem Weg seien. Positiv habe sich die Frage „Inhaftierung politischer Gefangener“ entwickelt. Zudem lasse Belarus auch ein Büro der EU in seinem Land zu. Das seien aus ihrer Sicht positive Zeichen. Sie trete daher dafür ein, die Isolation des Landes zu lockern und den Dialog zu stärken.

Abg. **Riccardo Migliori** (Italien) berichtete in Vertretung für Abg. Carlo Vizzini (Sonderbeauftragter für den Kampf gegen transnationale organisierte Kriminalität) zum Thema „Bekämpfung der organisierten Kriminalität“. Er führte aus, dass in diesem Bereich die Arbeit Italiens als „Best Practise“ für die OSZE dienen könne. Es sei eine gestiegene Sensibilität für die aus dieser Form von Kriminalität hervorgehenden Gefahren festzustellen. Der Kampf gegen die transnationale organisierte Kriminalität müsse daher entschlossen weiter geführt werden. Als vordringliche Maßnahmen schlug er vor: verstärkter Datenaustausch, Vernetzung bei der Ausbildung von Polizeibeamten, verbesserte Auslieferungsmöglichkeiten sowie eine verstärkte internationale Zusammenarbeit. Er regte an, eine internationale Harmonisierung der nationalen Rechtsvorschriften in diesem Bereich anzugehen.

Abg. **Anne-Marie Lizin** (Belgien, Sonderberichterstatterin für Guantánamo) verurteilte die Folterungen in dem Gefängnis und stellt fest, dass die Zahl der Häftlinge zurückgehe. Die USA hätten angekündigt, weitere Häftlinge zu entlassen. Es komme jetzt darauf an, Länder zu finden, die bereit seien, diese entlassenen Häftlinge aufzunehmen.

Ein Mitglied der Delegation der **USA** teilte die Auffassung, dass alle Gefangenen mit Respekt behandelt werden sollten. Auch nach einem in den USA herausgegebenen Verhaltenskodex sei das sogenannte „Waterboarding“ unzulässig. Es sei ein Problem, dass sich die Geheimdienste seines Landes hieran nicht hielten.

Abg. **Alcee L. Hastings** (USA, Sonderbeauftragter für Angelegenheiten der Mittelmeeranrainer) gab einen kurzen Bericht über seine Aktivitäten und sprach sich dafür aus, die Kooperation im Mittelmeerraum weiterhin zu stärken. Er wies auf gehäuft auftretende terroristische Anschläge auf dem Gebiet der Mittelmeeranrainern hin.

Abg. **Pétur Blöndal** (Island, Sonderbeauftragter für den OSZE-Haushalt) gab einen Bericht über die Aktivitäten ab (Anlage 4).

Abg. **Hilda Solis** (USA, Sonderbeauftragte für Migration der OSZE PV) berichtete über die Erfahrungen, die die USA in Bezug auf die Integration von Migranten gemacht hätten. Diese zeigten, dass eine Integration nur über Gleichbehandlung mit der einheimischen Bevölkerung möglich sei. Vielfach würden die positiven Aspekte von Migration in der Debatte ausgeblendet. So stellten Migranten z. B. eine Arbeitskraftressource dar, die in vom demographischen Wandel betroffenen Ländern überlebensnotwendig sei. Sie hoffe, dass diese Fragen auf der Jahrestagung in Astana vertieft werden könnten.

Der Bericht der Sonderbeauftragten **Tone Tingsgard** (Schweden) zu Genderangelegenheiten wurde aus zeitlichen Gründen auf die Sitzung des Plenums verschoben.

Die Mitglieder des Ständigen Ausschusses stimmten dem Vorschlag zu, als Themen der Sonderdebatte „Kosovo“ sowie „Raketenabwehr und der KSE-Vertrag“ zuzulassen.

Präsident **Lenmarker** kündigte an, dass die Herbsttagung 2008 in Toronto stattfinden werde. Die Jahrestagung 2009 finde in Vilnius (Litauen) statt. Die

Delegierten nahmen die Einladung Norwegens, die Jahrestagung 2010 in Oslo abzuhalten, einstimmig an.

### **Donnerstag, 21. Februar 2008, Gemeinsame Sitzung aller Allgemeinen Ausschüsse (Joint Session)**

Präsident **Lenmarker** begrüßte die Delegierten zur 7. Wintertagung und berichtete über die Ergebnisse der Sitzung des Ständigen Ausschusses.

**Barbara Prammer** (Präsidentin des Nationalrates) stellte in ihrem Grußwort fest, dass es bei der Diskussion über gemeinsame und allgemeine Werte sowie über den Umfang der eingegangenen Verpflichtungen Auslegungsunterschiede gebe. Sie sehe es als Aufgabe der PV an, hierzu eine Klarstellung herbeizuführen und die Umsetzung der verabschiedeten Entschlüsse sicher zu stellen. Österreich werde sich für die Einhaltung von eingegangenen Verpflichtungen einsetzen. Es könne nur eine gemeinsame Suche nach Lösungen für die bestehenden Herausforderungen geben. Ein Mittel in diesem Zusammenhang sei Transparenz. Österreich werde daher Wahlbeobachtungen im eigenen Land zulassen und hoffe, damit auch für andere Länder ein Signal auszusenden. Die Nachhaltigkeit von politischen Entscheidungen und Beschlüssen könne nur gesichert werden, wenn es gelinge, die Zivilgesellschaft stärker als bisher in den politischen Prozess einzubinden. Hierzu seien insbesondere die nationalen Parlamente gefordert.

Staatssekretärin **Teija Tiilikainen** (Sonderbeauftragte des finnischen Vorsitzes, Außenminister Ilkka Kanerva) erläuterte in ihrem Grußwort, dass Finnland eine wichtige Rolle in der Kette der Ereignisse, die in den siebziger Jahren die Entspannung zwischen West und Ost einleiteten, gespielt habe. Finnland habe so zu einem stabilen und konfliktfreien Europa nach der Formel „Sicherheit auf der Grundlage von Zusammenarbeit“ beigetragen. Es gelte, die Rolle der OSZE als Garanten für Sicherheit und Transparenz auszubauen. Zurzeit seien wachsende Spannungen zwischen den Mitgliedstaaten zu konstatieren. Im Kreise der OSZE – Mitgliedsstaaten gebe es nach wie vor unterschiedliche Auffassungen darüber, was Demokratie, freie und faire Wahlen oder etwa Menschenrechte bedeuteten. Eine Lösung könne nur durch die konsequente Fortsetzung der bisherigen Arbeit der OSZE und durch die Stärkung des Vertrauens untereinander herbeigeführt werden. Die lokalen und sogenannten eingefrorenen Konflikte in Transnistrien, Nagorny Karabach oder Aserbaidschan wolle Finnland erneut versuchen, durch ernsthafte Verhandlungen einer Lösung näher zu bringen. Darüber hinaus gelte es, nachhaltiges Wirtschaften und den verantwortungsvollen Umgang mit der Umwelt zu fördern, den Kampf gegen den Menschenhandel zu verstärken sowie die Förderung von Toleranz und die Integration von Minderheiten voranzutreiben. Besonderes Augenmerk werde Finnland auf die Entwicklung im Kosovo legen und sich für die Stärkung von Wahlbeobachtungsmissionen einsetzen. Staatssekretärin Tiilikainen plädierte dafür, dass selbst in den Fällen, in denen es nicht zu einer Wahlbeobachtung komme, der Dialog mit dem Land fortgeführt werde. Finnland werde sich auch für eine Fortführung der Verhandlungen über den KSE-Vertrag einsetzen. Staatssekretärin Teija Tiilikainen zeigte sich davon überzeugt, dass die OSZE angesichts der Herausforderungen heute so wichtig sei wie nie zuvor. Sie hoffe für diese Arbeit auch auf die Unterstützung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE.

In der anschließenden Diskussion sprach sich ein Mitglied der Delegation **Österreichs** dafür aus, das Instrument der Wahlbeobachtung zu stärken. Er schlage vor, eine Arbeitsgruppe einzusetzen, die bisherige Wahlmodi auflisten und die Ergebnisse bisheriger Beobachtungen darstellen solle. Auf dieser Basis könnte diskutiert werden, ob die Wahlbeobachtungsstrategie geändert werden müsse. Ein Mitglied der Delegation **Schwedens** fragte, welchen Raum Gleichstellungsfragen in der Arbeit des finnischen Vorsitzes einnehmen. Abg. **Willy Wimmer** (Deutschland) wollte wissen, ob Finnland vorhabe, auch in seinem Land Wahlbeobachtungen zuzulassen. Er sehe es an der Zeit, einen Atlas zu erstellen, der aufzeige, wie in den verschiedenen Ländern die Wahlbeobachtung gehandhabt werde. Zudem interessiere ihn, welchen Beitrag die finnische Präsidentschaft für eine abgestimmte Haltung der OSZE in Bezug auf die Unabhängigkeit Kosovos leisten wolle. Ein Mitglied der Delegation **Monacos** fragte, welchen Platz die PV im Zusammenspiel zwischen OSZE und BDIMR haben solle. Ein Mitglied der Delegation **Großbritanniens** fragte ebenfalls nach dem Verhältnis zwischen dem BDIMR und der OSZE PV.

Staatssekretärin **Teija Tiilikainen** erläuterte, dass die Wahlbeobachtung ein Eckpfeiler der OSZE sei, den es zu stärken gelte. Finnland werde in Zukunft ebenfalls Wahlbeobachtungen in seinem Land zulassen. Die Zusammenarbeit zwischen BDIMR und der OSZE PV beim Instrument Wahlbeobachtung müsse verstärkt werden. Es komme darauf an, dass die Glaubwürdigkeit des Instruments nicht in Frage gestellt werde. In Bezug auf Gleichstellungsfragen werde der finnische Vorsitz auf Mängel und Defizite in dem Bereich hinweisen.

#### **Donnerstag, 21. Februar 2008, Sitzung des 1. Ausschusses: Allgemeiner Ausschuss für politische Angelegenheiten und Sicherheit**

Der Vorsitzende des 1. Ausschusses, **Jean-Charles Gardetto** (Monaco) eröffnete die Sitzung (TOP 2) und begrüßte alle Teilnehmer herzlich zur Wintertagung in Wien. Die Delegierten nahmen die vorgelegte Tagesordnung einstimmig an.

#### **TOP 3 Follow-Up Bericht zu der Erklärung von Kiew (Anlage 5)**

Für den erkrankten Berichtstatter Consiglio Di Nino (Kanada) übernahm stellvertretend **Jerry Grafstein** (Kanada) die Berichterstattung. Jerry Grafstein gab einen Überblick über die Umsetzung der Empfehlungen der Kiewer Erklärung und zwar zur „Energiesicherheit“ und zur „Situation in Belarus“ sowie über die Umsetzung der wichtigsten Empfehlungen aus den Bereichen „Rolle und Status der Parlamentarischen Versammlung in der OSZE“, „Konfliktregulierung im OSZE-Raum“, „Rolle der Frauen für Frieden und Sicherheit“ und „betreffend das „Verbot von Streubomben“.

In der nachfolgenden Kommentierung bemerkte ein Mitglied der Delegation **Aserbaidshans**, dass der Bericht zu wenig auf die eingefrorenen Konflikte und ihre Lösungsmöglichkeiten eingehe. Er hätte sich zudem gewünscht, dass sich der Bericht konkreter mit der Rolle der OSZE in diesem Zusammenhang befasst. Ein Mitglied der Delegation von **Belarus** schloss an, dass die Erklärung von Kiew und die in ihr enthaltenen Handlungsempfehlungen auf die Zukunft ausgerichtet seien. Er



wies darauf hin, dass die OSZE PV bereits eine Reihe von Entschlüssen zu wichtigen Themen verabschiedet habe, die bereits Empfehlungen enthielten und die für die Arbeit der PV genutzt werden sollten. Ein Mitglied der Delegation **Italiens** wies auf das Thema Geschlechtergleichberechtigung hin. Frauen sollten seiner Meinung nach überall eingebunden sein, auch wenn geschlechtsspezifische Rahmenbedingungen beachtet werden sollten.

**Jerry Grafstein** (Kanada) erwiderte, dass ihm eingefrorene Konflikte lieber seien als akute. Da keine ideale Lösung existiere, gebe er pragmatischen Handlungsmaximen den Vorzug. Die Frage der Geschlechtergerechtigkeit werde zwar nochmals im Plenum behandelt, aber seiner Meinung nach lasse die Zahl der Parlamentarierinnen immer noch zu wünschen übrig. Er rege an, bei der Nominierung von Kandidaten für Wahllisten Frauen stärker zu berücksichtigen, damit sich deren Chancen strukturell verbesserten. Gleichstellung erfordere ständiges Lobbying. Das Thema Gleichstellung werde ein Schwerpunkt der Herbsttagung in Toronto sein.

Der Vertreter der **Ukraine** bat - zur besseren Übersicht - um einen Sonderbericht zum Kosovo, in dem alle wichtigen Fakten und Informationen aufgelistet werden sollten, damit Diskussionen über das Thema mit dem gleichen Kenntnisstand geführt werden könnten.

#### **TOP 4 Vorabbericht zu dem Generalthema „Transparenz in der OSZE“ der Jahrestagung in Astana**

**Wolfgang Grossruck** (Österreich, Berichterstatter für das Generalthema in Astana, Kasachstan) erklärte, dass er aufgrund seiner erst kürzlich erfolgten Ernennung als Berichterstatter keinen schriftlichen Bericht vorlegen könne. Das Generalthema für Astana „Transparenz in der OSZE“ solle die parlamentarische Kontrolle der Streitkräfte im OSZE-Raum beleuchten. Auf dem Gipfeltreffen in Helsinki sei 1992 das Forum für Sicherheitskooperation eingerichtet worden, das für die militärische Dimension in der OSZE zuständig sei. Das Forum beteilige sich auch an dem 1995 eingeführten Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit. Dieser Verhaltenskodex werde den Ausgangspunkt seines Berichts darstellen. Zudem wolle er die Praxis der parlamentarischen Kontrolle der Streitkräfte beleuchten. Da hierzu viel Recherchearbeit notwendig sei, bitte er die anwesenden Parlamentarier, ihm vorhandene Informationen zukommen zu lassen.

Ein Mitglied der Delegation der **Schweiz** regte an, in diesen Bericht auch die wirtschaftlichen Aspekte der Streitkräfte, die Rolle der Rüstungsindustrie und die Aspekte der Polizeikontrolle mit einzubeziehen. Gerade im Zuständigkeitsbereich der Polizei werde Vieles von privaten Sicherheitsfirmen erledigt. Ein Mitglied der Delegation **Russlands** erläuterte, dass in diesem Zusammenhang auch Aktivitäten zur Terrorbekämpfung, Drogenbekämpfung und zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität berücksichtigt und in den Bericht mit aufgenommen werden sollten. Grundsätzlich sei er der Auffassung, dass in diesen Bereichen erheblicher Koordinierungsbedarf bestehe, um die vorhandenen Instrumente zu nutzen und die nötigen Voraussetzungen für eine effektive Arbeit zu schaffen. Ein Mitglied der Delegation **Großbritanniens** regte aufgrund der Komplexität des Themas an, nicht nur eine akademische Betrachtung anzustellen, sondern darüber hinaus zu gehen. Abg. Prof. Gert Weisskirchen (Deutschland) erläuterte, dass die parlamentarische

Kontrolle in den einzelnen OSZE-Ländern unterschiedlich gehandhabt werde. Es stelle eine gewaltige Aufgabe dar, wenn ein Minimum an allgemeinverbindlichen Standards entwickelt werden solle. Diese könnten aber z. B. helfen, wenn es um die Problematik „Privatisierung von Armeen“ gehe. Er frage sich, ob es aus parlamentarischer Sicht zugelassen werden könne, dass staatliche Gewalt privatisiert werde. Er sehe das als ein Thema an, das nicht nur auf internationaler Ebene diskutiert, sondern vor allem im nationalen Kontext thematisiert werden müsse. Die OSZE könne einen wichtigen Beitrag für die internationale Ebene leisten. Ein Mitglied der Delegation **Aserbaidschans** schlug vor, im Bericht zu beschreiben, wie die Länder den angesprochenen Verhaltenskodex umgesetzt hätten.

Berichterstatter **Grossruck** (Österreich) merkte an, dass der Verhaltenskodex für alle Länder bindend sei und auch für Privatarmeen gelte. Er dankte für die Anregungen und kritischen Hinweise. Er sagte zu, die von den Parlamentariern gelieferten Informationen einzubeziehen. Er wies darauf hin, dass der Bericht deskriptiv und - aus nahe liegenden Gründen - nicht wertend sein werde.

## **TOP 5 Bericht des Hohen Kommissars für nationale Minderheiten Knut Vollebaek**

Botschafter **Knut Vollebaek** (Norwegen, Hoher Kommissar für nationale Minderheiten) gab einen Bericht zu dem Thema „Sicherheitsaspekte und Minoritätspolitik“ ab. Er habe 14 Teilnehmerstaaten dieses Wintertreffens bereist und feststellen müssen, dass es noch zahlreiche Probleme im Zusammenhang mit Minderheiten und Migration gebe. Migration und auch neuere gesellschaftliche Entwicklungen, wie z. B. Gesellschaften im Übergang, brächten oft Unruhe mit sich. In diesem Zusammenhang trete dann etwas auf, was er „Geißel des Nationalismus“ nenne. Das zeige sich in der Bevorzugung der „alten“ Mitbürger gegenüber den Zugewanderten oder sonstigen Minderheiten. Er sehe in bi- bzw. multilateralen Verträgen den besten Schutz für nationale Minderheiten. Interethnische Konflikte richteten Schäden vor allem auf sozio-ökonomischer Ebene an. Es müsse darauf hingewirkt werden, dass sich alle Bürger eines Landes, egal welcher Herkunft, auch als solche verstehen könnten. Nur dann könne das Land, in dem sie wohnten, eine gemeinsame Heimat für alle werden. Integration heiße nicht Assimilation. Migranten müssten unter Wahrung ihrer Sprache und Nationalität ihren Nutzen für die Aufnahmegesellschaft deutlich machen können. Die Aufnahmegesellschaft müsse hierfür die Rahmenbedingungen schaffen, z. B. in den Bereichen Sprachunterricht, Ausbildung und Chancengleichheit. So habe der Hochkommissar für Flüchtlinge die Aussage des kosovarischen Premierministers begrüßt, dass das Kosovo eine Heimat für alle Volksgruppen sein solle. Man werde sehen, ob auf diese Ankündigung auch Taten folgten. Die Minderheiten im Kosovo hätten allerdings wenig Vertrauen in die staatlichen Institutionen und wünschten sich darum weiterhin eine internationale Präsenz im Land. Ein Fortzug der Minderheiten aus dem Kosovo käme einer internationalen Tragödie gleich. Geschehe dies, wäre das zugleich auch ein Versagen der internationalen Staatengemeinschaft. Ethnische Vielfalt sei auch immer Quelle der Stärke, aus der Nutzen gezogen werden könne. Die Mission der OSZE im Kosovo sei daher für ihn auch weiterhin notwendig, nicht nur aus Sicherheitsgründen, sondern auch, um Vertrauen zu schaffen. Seinen Bericht werde er zum Sommer 2008 vorlegen.

Ein Mitglied der Delegation **Russlands** erwiderte auf den Bericht, dass es viele Beispiele gebe, wie Migranten oder auch nationale Minderheiten erfolgreich integriert werden könnten. Er sehe in dem Verhalten der lettischen Behörden gegenüber der russischen Minderheit in Lettland allerdings kein gutes Beispiel für eine gelungene Integration. So könnten die Angehörigen dieser Minderheit z. B. nicht die lettische Staatsbürgerschaft erwerben. Abg. **Uta Zapf** (Deutschlands) dankte für den Bericht und schloss sich der Auffassung an, dass die OSZE-Mission im Kosovo unabhängig von EULEX und KFOR weitergeführt werden müsse. Ein Mitglied der Delegation **Belgiens** sprach sich dafür aus, festzustellen, welche Länder die Konvention über nationale Minderheiten noch nicht unterzeichnet hätten. Er halte jedwede separatistische Bestrebung im Kosovo für einen Fehler. Ein Mitglied der Delegation **Lettlands** wies darauf hin, dass sein Land alle Menschenrechtsstandards einhalte. Für den Erwerb der lettischen Staatsbürgerschaft gebe es keine Einschränkungen. Ein Mitglied der Delegation **Albaniens** lehnte die Formel von einer Renaissance des Nationalismus im OSZE-Raum ab. Für sein Land könne er feststellen, dass man sich bemühe, alle Bürger gleich zu behandeln.

Botschafter **Knut Vollebaek** (Norwegen) dankte für die Diskussionsbeiträge. Soweit er wisse, fehlten nur noch wenige Unterschriften unter der „Konvention über nationale Minderheiten“. Er sei der Auffassung, dass die OSZE-Mission im Kosovo fortgeführt werden müsse. Seinem Eindruck nach bildeten sich in Europa wieder Erscheinungsformen von Nationalismus heraus.

## **TOP 6 Bericht zu den Prioritäten des finnischen Vorsitzes für das Jahr 2008**

**Antti Turunen** (Botschafter Finnlands bei der OSZE) erklärte, dass sein Land als Priorität die Kontinuität der OSZE-Aktivitäten verfolge. Das gelte auch für die Bereiche Sicherheit (Grenzsicherheit), Bekämpfung des Menschenhandels usw. Die OSZE stelle eine wichtige Plattform dar, von der aus Analyse- und Problemlösungsmechanismen ihren Ausgang nehmen könnten. Wichtig sei hierfür die offene und kooperative Zusammenarbeit aller Mitgliedstaaten, der Mittelmeeranrainer und der Zivilgesellschaft.

Abg. Prof. **Gert Weisskirchen** (Deutschlands) wies darauf hin, dass im Jahr 2009 in Afghanistan Wahlen anstünden und er regte an, von Seiten der OSZE diesen Prozess zu begleiten. Es könnten z. B. mögliche Optionen mit der afghanischen Regierung und den Mitgliedstaaten diskutiert werden. Ein Mitglied der Delegation **Griechenlands** erklärte, dass die Fortsetzung der OSZE-Mission im Kosovo einer De-facto-Anerkennung gleichkäme. Über die Legitimität der Mission müsse nochmals diskutiert werden.

## **Donnerstag, 21. Februar 2008, Sitzung des Allgemeinen Ausschusses für wirtschaftliche Angelegenheiten, Wissenschaft, Technologie und Umwelt**

Die Sitzung wurde durch den stellvertretenden Ausschussvorsitzenden **Petros Efthymiou** (Griechenland) eröffnet (Anlage 6).

In seinen Ausführungen ging Berichterstatter **Roland Blum** (Frankreich) auf die Themen der kommenden Jahrestagung in Astana ein. Grundsätzlich sei den Aspekten Wirtschaft und Umwelt große Bedeutung einzuräumen. Es gehe darum, dem Umweltschutz und den wirtschaftlichen Transformationsprozessen Impulse zu verleihen. Der Abbau wirtschaftlicher Risiken sei eine wichtige Voraussetzung für mehr Sicherheit und Stabilität im OSZE-Raum. Ein bedeutendes Thema in diesem Kontext seien auch die Herausforderungen, die durch den Klimawandel entstünden. Im Januar dieses Jahres habe die EU einen Aktionsplan vorgelegt, nach dem die Treibhausgase bis zum Jahre 2020 um 20 % reduziert werden sollten. Die erneuerbaren Energien spielten eine immer bedeutendere Rolle.

Ein Mitglied der Delegation aus **Belarus** bekräftigte in der Debatte den Zusammenhang von Wirtschaft und Umwelt. Die Umweltkatastrophe von Tschernobyl und deren Folgen seien noch heute spürbar. Ein Viertel des Landes sei radioaktiv verseucht und 2 Millionen Menschen sowie ein Fünftel der landwirtschaftlichen Nutzfläche seien von den Folgen des Reaktorunglücks betroffen. Bedauerlicherweise ließen die internationale Aufmerksamkeit und Solidarität für Tschernobyl nach. Bis heute habe die Parlamentarische Versammlung der OSZE hierzu keine Resolution verabschiedet. Er rege an, auf der Jahrestagung in Astana eine Resolution zu diesem Thema zu verabschieden. Ein Mitglied der Delegation **Frankreichs** warf das Thema Energierückgewinnung auf. Auf diesem Gebiet sei bisher zu wenig gearbeitet worden. Eine internationale Kooperation sei in diesem Bereich mehr denn je gefragt. Ein Mitglied der Delegation **Großbritanniens** erwähnte positive Ergebnisse im Kampf gegen die Umweltverschmutzung. So sei auf EU-Ebene eine Reduktion des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes ebenso zu verzeichnen wie eine verstärkte Kontrolle weiterer Emissionen. Ziel sei es, bis zum Jahre 2050 umweltschädigende Emissionen um 60 bis 80 % zu reduzieren.

Ein Mitglied der Delegation der **USA** betonte, dass die US-Administration zunehmend zu der Erkenntnis gelange, dass die für die Erderwärmung verantwortlichen Faktoren reduziert werden müssten. Sie erwähnte die in letzter Zeit entstandenen so genannten „Green collar jobs“. Solarenergieanlagen sollten eine zunehmende Rolle spielen. Sie vertrat die Auffassung, dass die USA auch im Hinblick auf den Umweltschutz gegenüber der Dritten Welt eine Vorbildfunktion einnehmen müssten.

Berichterstatter **Roland Blum** dankte für die interessanten Beiträge. Er werde in Astana das Thema Tschernobyl in seinem Bericht zur Sprache bringen. Wichtig sei zum einen, die Folgen der Katastrophe so weit wie möglich zu reparieren und zum anderen, Vorsorge zu betreiben. Die Zusammenarbeit der EU-Länder auf beiden Gebieten sei mehr denn je gefragt. Leider sei zu konstatieren, dass das Umweltbewusstsein sich nicht wie gewünscht entwickle, zu wenig in umweltfreundliche Energieträger investiert und die Forschung auf diesem Gebiet nicht intensiv genug vorangetrieben werde. Die Treibhausgase stellten ein hohes Risiko dar. Wenn es hierfür keine Lösung gebe, stehe auf lange Sicht das Leben der Menschheit auf dem Spiel. Es komme darauf an, die Länder der Dritten Welt in die Diskussion um Lösungen mit einzubeziehen. Er begrüßte die diesbezüglichen Initiativen der USA und betonte noch einmal die Vorbildfunktion, die die Industrienationen einnehmen müssten.

**Bernard Snoy** (Belgien, Koordinator für Wirtschaft und Umwelt der OSZE) berichtete über das 15. Wirtschafts- und Umweltforum in Madrid. Das Forum habe den Nutzen von regionaler, nationaler und globaler Zusammenarbeit bei der Lösung von Umweltproblemen deutlich herausgearbeitet. Vom Menschen verursachte Umweltschäden (Bodenverschlechterung, Bodenkontamination, Wüstenbildung usw.) sowie die Auswirkungen von Naturkatastrophen zögen gravierende Folgen für die Sicherheit im OSZE-Raum nach sich. Lösungen könnten nur im Rahmen einer multilateralen Zusammenarbeit erzielt werden.

Die OSZE habe darum ein zentrales Dürremanagement in Zentralasien ins Leben gerufen, welches gemeinsame Aktivitäten zur Wiederherstellung der Wassergebiete und der Bodenerhaltung fördere. Nachlassende Bodenfruchtbarkeit, z. B. durch Versalzung, und eine sich verringere Biodiversität stünden einer wachsenden Bevölkerung gegenüber. Im Juni gebe es hierzu ein Treffen in Bishkek. Technologietransfer sei bei der Lösung solcher Probleme immens wichtig. Ziel der Zusammenarbeit zwischen der EU und Zentralasien sei die Förderung einer grenzüberschreitenden Wasserbewirtschaftung. Bernard Snoy stellte fest, dass die Erklärung von Madrid über Umwelt und Sicherheit praktisch das erste OSZE-Dokument sei, das auch „offiziell“ den Klimawandel behandle.

Ein Mitglied der Delegation **Aserbaidschans** sprach von sogenannten „Zonen der Gesetzlosigkeit“, in denen Terroristen ausgebildet, Drogen hergestellt, Menschenhandel betrieben, Waldbrände gelegt und radioaktive Abfälle in Täler im Grenzgebiet „entsorgt“ würden. Dies stelle ein zusätzliches Konfliktpotential dar und könne einen erhöhten Migrationsdruck bewirken. Ein Mitglied der Delegation **Schwedens** beschrieb die Situation der Arbeitsmigranten in Schweden. **Hilda Solis** (USA, Sonderbeauftragte für Migration der OSZE PV) beschrieb die Situation der Migranten in den USA. 12 Millionen Personen seien nicht registriert; 5 Millionen hiervon seien Kinder. Im Umgang mit Migranten gebe es in den USA zwei Strategien: Den sogenannten „Grenzsicherheitsansatz“ und den Schutz der Kinder. Sie kenne Fälle, in denen die Eltern ausgewiesen worden seien, während die Kinder bleiben durften. Dies habe auch in den USA eine Integrationsdebatte ausgelöst. Für die Bearbeitung von Anträgen auf Staatsbürgerschaft sei gesetzlich eine Frist von 6 Monaten vorgesehen; in der Praxis dauere die Bearbeitung der Anträge jedoch bis zu 18 Monate. Migranten seien oft benachteiligt. Sie könnten aufgrund von Sprachproblemen die Gesetze eines Landes nicht verstehen und hätten daher auch weniger Kenntnisse über ihre Rechte. Die Gründe für die Migration seien vielfältig. Sie hoffe, dass nach den amerikanischen Präsidentschaftswahlen 2008 Reformen im Bereich Migration stattfinden werden.

Ein Mitglied der Delegation **Frankreichs** berichtete, dass in Frankreich nur 1,7 % der Arbeitsmigranten qualifiziert seien. Darum wolle sein Land bewusst Migration durch eine neue Quotenpolitik steuern. Die Visa-Erteilung solle besser überwacht und ein Qualifikationsausweis eingeführt werden. 2007 seien 26.000 Personen an der Grenze zurückgewiesen worden (gegenüber 10.000 Personen im Vorjahr). Mit Benin, Gabun, Kongo und Senegal habe Frankreich bilaterale Abkommen bezüglich einer geregelten Migration abgeschlossen. Migrationsfragen seien auch in Frankreich prioritär. Ein Mitglied der Delegation der **Türkei** wendete ein, dass Migration auch viele positive Aspekte habe. Migration fördere multikulturelle Vielfalt und gegenseitiges Verständnis. Nicht akzeptabel und äußerst besorgniserregend seien jedoch rechtsradikale Aktivitäten gegenüber muslimischen Einwohnern. Ein Mitglied

der Delegation der **Niederlande** betonte noch einmal den positiven Beitrag der Arbeitsmigranten in der Europäischen Union. Ein Mitglied der Delegation **Großbritanniens** berichtete, dass in England viele Migranten im Gesundheitswesen tätig seien. Wirtschaftliche und umweltbedingte Migration führe jedoch auch zur Entwurzelung vieler Familien. Durch die Freizügigkeit der Arbeitnehmer in der EU und den Beitritt der Länder Mittel- und Osteuropas seien weitere Arbeitsmigranten zu erwarten. Großbritannien sei auch auf Grund seiner Sprache, die in vielen Ländern als erste Fremdsprache gelehrt werde, ein bevorzugtes Einwanderungsziel. **Hilda Solis** (USA, Sonderbeauftragte für Migration der OSZE PV) sprach die Frage der Ausbildung von Migranten und die hierfür aufzubringenden Kosten an. Unübersehbar sei, dass Migranten häufig unter ökologisch ungünstigen Bedingungen arbeiten müssten. Sie bitte, ihr Erfahrungsberichte zukommen zu lassen.

Senatorin **Anne-Marie Lizin** (Belgien) sprach in diesem Zusammenhang das Problem des demographischen Wandels in der EU an. Die Überalterung der Bevölkerung mache deutlich, dass Migranten mittelfristig für die westeuropäischen Standorte gebraucht würden.

### **Freitag, 22. Februar 2008, Sitzung des 3. Ausschusses: Ausschuss für Demokratie und Menschenrechte**

Vorsitzender **Jesús López-Mendel** (Spanien) eröffnete die Sitzung des 3. Ausschusses. Die Mitglieder des Ausschusses nahmen die Tagesordnung einstimmig an.

#### **TOP 3 Bericht von Hilda Solis zum Follow-up der Erklärung von Kiew**

**Hilda Solis** (USA, Sonderbeauftragte für Migration der OSZE PV und stellvertretende Vorsitzende des 3. Ausschusses) verwies auf den schriftlich vorliegenden Bericht (Anlage 7). Sie stellte fest, dass die OSZE viel geleistet habe, aber weiterhin in diesem Bereich aktiv sein müsse. Das Motto der Herbsttagung 2007 in Portoroz „Lerne deinen Nachbarn kennen“ gelte auch weiterhin. Der Bericht gehe auf die Themen Toleranz, Antidiskriminierung sowie die Gleichstellung von Frauen und Männern, Wahlbeobachtung, Menschenhandel sowie Menschenrechtsanwälte und nationale Menschenrechtsinstitutionen ein. Im Bereich Menschenhandel komme es darauf an, insbesondere die Kinder als Opfer stärker zu schützen.

#### **TOP 4 Bericht von Walburga Habsburg Douglas**

Abg. **Walburga Habsburg Douglas** (Schweden) stellte ihren Berichtsentwurf für die Jahrestagung in Astana (Kasachstan) zum Thema „Transparenz in der OSZE“ für den Bereich Menschenrechte vor. Sie stellte fest, dass der Fall des sogenannten „Eisernen Vorhangs“ politisch einen Neuanfang für Europa bedeutet habe. Die Fortschritte, die in anderen Bereichen gemacht worden seien, würden jedoch nicht gleichermaßen für den Bereich der Menschenrechte gelten. Es sei durchaus nachvollziehbar, dass in jener Zeit andere Prioritäten gesetzt worden seien. Die in der Vergangenheit gemachten „Fehler“ habe man erst einmal beiseite geschoben.

Leider sei es dabei geblieben und das Versäumnis, diese „Fehler“ in sachlicher und personeller Hinsicht nicht aufgearbeitet zu haben, führe heute zu mangelnder Transparenz in vielen Bereichen. Das gelte sowohl für die legislativen und parlamentarischen Prozesse als auch für die rechtsstaatlichen und administrativen Prozesse. Eine Möglichkeit, Abhilfe zu schaffen, könne die Öffnung der Archive darstellen, um die eigene Geschichte kennenzulernen. Weitere Möglichkeiten seien Ombudsleute und Medienfreiheit. Gerade bei dem Letzteren müsse es klare rechtliche Rahmenbedingungen für eine inhaltliche und sachliche Auseinandersetzung mit der Vergangenheit geben.

Abg. **Marieluise Beck** (Deutschlands) dankte für den Bericht und stellte fest, dass es Deutschland aufgrund seiner Geschichte nicht anstehe, von anderen Ländern Vergangenheitsbewältigung einzufordern. Deutschland habe die immer währende Verpflichtung der eigenen Vergangenheitsbewältigung, und dies stelle auch die Basis für die demokratische Entwicklung in Deutschland dar. Sie bedauere, dass ihrer Kenntnis nach in Russland der Zugang zu den Archiven nicht mehr in dem Maße möglich sei wie noch vor Jahren. Sie sei der Auffassung, dass die Aufarbeitung der eigenen Geschichte nicht nur der eigenen Identität, sondern der Völkerverständigung diene. Ein Mitglied der Delegation der **Türkei** erläuterte, dass die Türkei seit 2005 alle Archive geöffnet habe, um so Vergangenheitsbewältigung zuzulassen. Vergangenheitsbewältigung diene auch dazu, Wege für ein friedliches Miteinander mit den Nachbarländern zu finden. Ein Mitglied der Delegation der **Schweiz** schloss sich der Auffassung an, dass sich die Völker der Aufgabe der Vergangenheitsbewältigung stellen sollten. Wichtig sei in dem Zusammenhang auch, Definitionsfragen zu klären, damit alle von der gleichen Sache redeten. Ein Mitglied der Delegation **Litauens** bestätigte, dass Definitionen wichtig seien, z. B. wenn es um den Begriff „Völkermord“ gehe. Er schließe sich ansonsten dem bisher gesagten an. Ein Mitglied der Delegation der **Ukraine** bestätigte, dass Definitionsfragen für die Beurteilung von historischen Situationen wichtig seien und um die richtigen Fragen stellen zu können. Er plädiere daher für die Aufnahme von Definitionen im Bericht. Ein Mitglied der Delegation **Portugals** stellte fest, dass Archive Teil des Kollektivbewusstseins seien. Die Öffnung und der freie Zugang seien daher wichtig, wenn es um die Vergangenheitsbewältigung gehe, da diese auch immer der Entwicklung der Demokratie diene.

Abg. **Walburga Habsburg Douglas** (Schweden) dankte für die Anregungen. Sie wies darauf hin, dass Definitionsfragen schwierige Fragen seien. Vergangenheitsbewältigung diene auch dazu, den Blick nach vorn zu richten und zu erkennen, dass der Nachbar nicht automatisch der Feind sein müsse und sie sei ein Zeichen von demokratischer Reife.

## **TOP 5 Bericht von Christian Strohal zum Thema Wahlbeobachtungen**

Botschafter **Christian Strohal** (Österreich, Direktor des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte, BDIMR) dankte für das Engagement der OSZE PV bei der Zusammenarbeit im Bereich Wahlbeobachtungen. In über zwei Drittel der Teilnehmerstaaten seien Wahlbeobachtungen durchgeführt worden. Wahlbeobachtung habe nicht nur zum Ziel, Defizite und Schwächen, sondern auch Erfolge aufzuzeigen. Sorge bereite ihm jedoch die Lage der Menschenrechtsaktivisten in einigen Ländern. Das BDIMR werde hierzu noch einen

gesonderten Bericht herausgeben. Die OSZE PV sei für ihn immer eine Quelle der Inspiration gewesen und viele ihrer Empfehlungen seien auch in das Regierungshandeln eingeflossen. Der Einbeziehung der Zivilgesellschaft in den demokratischen Prozess komme entscheidende Bedeutung zu. Der Schutz und die Förderung der Menschenrechte seien das Herzstück der Arbeit von BDIMR. Besonders aktiv sei man in den Bereichen Bekämpfung des Terrorismus und Schutz der Menschenrechte, Recht auf Versammlungsfreiheit, Genderfragen, Bekämpfung der Gewalt im häuslichen Bereich, Rolle der Frauen in der Konfliktbewältigung und der Unterstützung bei der Transparenz in legislativen Prozessen gewesen. Zu dem Letzteren habe das BDIMR Berichte und Empfehlungen verfasst, wo eine Verbesserung des Prozesses nötig sei und wie dieser professionalisiert werden könne. Die Agenda des finnischen Vorsitzes begrüße er sehr, denn sie habe sich als übergeordnetes Ziel gesetzt, die Implementierung der vorgeschlagenen und verabschiedeten Maßnahmen der OSZE zu überprüfen. Er sehe eine gemeinsame Verantwortung von OSZE und OSZE PV darin, den Demokratisierungsprozess voranzubringen.

Der **Vorsitzende** dankte Christian Strohal für die von ihm geleistete Arbeit im Namen des 3. Ausschusses.

Ein Mitglied der Delegation der **Türkei** bestätigte, dass Wahlbeobachtung ein wichtiger Bestandteil für den Demokratisierungsprozess sei. Ein Mitglied der Delegation **Polens** würdigte Wahlen und Wahlbeobachtung als wichtige Elemente für die Entwicklung von Demokratie. Es sei darum bedauerlich, dass es zu den Präsidentschaftswahlen in Russland keine Wahlbeobachtung gegeben habe. Polen unterstütze das BDIMR und damit die Verpflichtung, wie sie im Kopenhagener Dokument niedergelegt sei. Er stimme der vorherigen Auffassung zu, der Schlüssel für eine erfolgreiche Arbeit sei die Zusammenarbeit von BDIMR und OSZE PV. Ein Mitglied der Delegation **Frankreichs** würdigte die Arbeit von Christian Strohal und wies darauf hin, dass sich faire Wahlbedingungen nicht nur am Wahltag zeigten, sondern dass bereits im Vorfeld wichtige Grundbedingungen für freie und gleiche Wahlen gegeben sein müssten. Für ihn sei daher die Langzeitwahlbeobachtung besonders wichtig, denn nur so könnten diese Informationen erhoben werden. Ein Mitglied der Delegation **Großbritanniens** beglückwünschte das BDIMR für die von der Organisation geleistete professionelle Arbeit. Er bestätigte die Wichtigkeit einer guten Zusammenarbeit von BDIMR und OSZE PV. Ein Mitglied der Delegation **Spaniens** schloss sich dem vorher gesagten an und stellte fest, dass die Berichte von BDIMR einen zuverlässigen Datenbestand für den Stand des Demokratisierungsprozesses in einem Land lieferten. Ein Mitglied der Delegation der **Ukraine** kritisierte, dass BDIMR nicht die Rechtmäßigkeit von Wahlen überprüfe. In seinem Land habe es z. B. Wahlen gegeben, weil der Präsident es so wollte. Ein Mitglied der Delegation **Irlands** teilte die Auffassung seiner Vorredner/-innen über die Arbeit von BDIMR. Es müsse bei der Staatengemeinschaft Alarm auslösen, wenn ein Land die Bedingungen für die Wahlbeobachtung verschärfe. Im Streit mit Russland rate er zu einem Kompromiss. Ein Mitglied der Delegation **Russlands** erklärte, dass es doppelte Standards bei der Wahlbeobachtung gebe. Hier gelte es anzusetzen und die Praxis mit der Theorie in Übereinstimmung zu bringen. Das BDIMR versuche, sich mit seiner Kritik an Russland über alle anderen Organisationen zu stellen.



Botschafter **Christian Strohal** (Österreich) wies darauf hin, dass das BDIMR nicht Teil des politischen Prozesses sei, sondern lediglich deskriptive Arbeit leiste. Auf eine Zusammenarbeit mit den einzelnen Regierungen könne nicht verzichtet werden.

## **TOP 6 Bericht des Beauftragten für Medienfreiheit Miklós Haraszti**

**Miklós Haraszti** (Ungarn, Medienbeauftragter der OSZE) stellte dar, dass es nicht in allen OSZE-Ländern eine umfassende Pressefreiheit gebe. Es gebe sehr viele formale Kriterien, die faktisch zu einer Einschränkung der Presse- und Medienfreiheit führten. Das beginne bei Verhaftungen von Journalisten, die von nicht genehmigten Demonstrationen berichteten und reiche bis zur Strafverfolgung aufgrund der Verbreitung von nicht öffentlichen Informationen oder bei Weigerung der Preisgabe der Informationsquelle. Häufig würden Journalisten auch wegen übler Nachrede oder Verleumdung vor einem Strafgericht angeklagt. Investigativer Journalismus sei so nicht möglich. Hier sehe er vorrangig Handlungsbedarf. Der Europarat habe eine Initiative gestartet, dass solche Delikte nicht mehr vor Strafgerichten verhandelt werden sollten. Auch mit dem Argument der Meinungsfreiheit, dem Schutz religiöser Toleranz o. ä. seien übertriebene Strafbestimmungen eingeführt worden. Das BDIMR habe seiner Meinung nach auch die Aufgabe, die freie Berichterstattung über Wahlen möglich zu machen.

Ein Mitglied der Delegation **Portugals** wies vor dem Hintergrund der eigenen Geschichte auf die Bedeutung einer freien Berichterstattung hin. Ein Mitglied der Delegation der **Niederlande** setzte sich dafür ein, den Dialog über dieses Thema bei allen 56 Mitgliedstaaten weiter aufrecht zu erhalten. **Hilda Solis** (USA, Sonderbeauftragte für Migration der OSZE PV) regte an, dass die OSZE eine Führungsrolle bei der Lösung dieser Problematik einnehmen solle. Ein Mitglied der Delegation **Russlands** betonte, dass ihr Land immer bereit sei, Wahlbeobachter und Medienbeobachter zu empfangen. Es gebe in Russland hierfür keine besonderen Bedingungen.

**Miklós Haraszti** (Ungarn, Medienbeauftragter der OSZE) wies zum Abschluss auf die Gefährdung der persönlichen Freiheit hin, die durch die Sammlung von Daten im Zuge der Terrorismusbekämpfung entstanden sei. Der Kampf gegen den Terrorismus dürfe nicht zur Einschränkung der Informationsfreiheit führen. Er halte die mit der modernen Informationstechnologie herzustellenden Verknüpfungen für nicht akzeptabel. Dieser Gefahr gelte es zu begegnen. Er halte die Sicherung der persönlichen Freiheitsrechte für eine wichtige Aufgabe aller Parlamente.

## **Freitag, 22.02.2008, Abschließende Sitzung aller Ausschüsse**

Der **Vorsitzende** eröffnete die abschließende Sitzung und ruft den Tagesordnungspunkt Sonderdebatte zu den Themen: Kosovo, Raketenabwehr und der KSE-Vertrag auf. (Anlage 8).

### **Sonderdebatte zu dem Thema „Kosovo, Raketenabwehr und der KSE-Vertrag“**

**Albert Rohan** (Österreich), seit 2005 von den VN gemeinsam mit Martti Ahtisaari beauftragt, im Konflikt um den künftigen Status der unter VN-Verwaltung stehenden

serbischen Provinz Kosovo zu vermitteln, gab einen Bericht über die Situation im Kosovo und die politische Lage nach der Unabhängigkeitserklärung ab. Er stellte dabei die Notwendigkeit heraus, auch weiterhin die Kooperation mit den Menschen im Kosovo zu suchen. Die internationale Gemeinschaft müsse deutlich machen, dass jeder Form von Gewalt eine Absage zu erteilen sei.

Ein Mitglied der Delegation **Serbiens** sah durch die Unabhängigkeitserklärung die territoriale Integrität Serbiens verletzt. Die Behörden in Priština hätten damit eine unverantwortliche Entscheidung getroffen. Serbien werde alle diplomatischen, wirtschaftlichen und politischen Maßnahmen ergreifen, um den Angriff auf seine Souveränität abzuwehren. Die Unabhängigkeitserklärung erschüttere auch das Vertrauen Serbiens in die Legitimität der OSZE-Prozesse. Ein Mitglied der Delegation **Albaniens** betonte, dass jedes Land, das die Unabhängigkeit des Kosovo anerkenne, sich seiner Verantwortung bewusst sein müsse. Die Unabhängigkeitserklärung sei nur die konsequente Umsetzung des Ahtisaari-Plans. Die politische Führung des Kosovo sei sich der großen Verantwortung bewusst, was auch darin zum Ausdruck komme, dass vorgesehen sei, allen Volksgruppen gleiche Rechte zu gewähren. Zudem habe die Führung in Priština bekräftigt, gutnachbarliche Beziehungen mit allen Ländern pflegen zu wollen. Ein Mitglied der Delegation **Polens** sah keinen Präzedenzfall für andere Regionen. Sein Land halte den Schutz von im Kosovo lebenden Minderheiten für wichtig, ebenso wie eine weitere Präsenz der OSZE. Ein Mitglied der Delegation **Dänemarks** zeigte sich besorgt über die Entwicklung. Die von Martti Ahtisaari vorgeschlagene Paktlösung sei seiner Meinung nach richtig gewesen. Dänemark habe das Kosovo zwischenzeitlich anerkannt. Trotzdem sei er der Auffassung, dass die EU und die NATO in eine Gesamtlösung eingebunden werden müssten. Ein Mitglied der Delegation der **USA** stellte fest, dass das ehemalige Jugoslawien einen hohen Preis für seine nationale Politik bezahle. Ein Status quo beim Kosovo sei allerdings unakzeptabel gewesen. Das Kosovo brauche jetzt die Unterstützung internationaler Organisationen. Auch er sehe im Fall Kosovo keinen Präzedenzfall für andere Regionen. Ein Mitglied der Delegation der **Ukraine** stellte fest, dass sich qualitativ eine neue Sicherheitslage in Europa ergeben habe. Eine dauerhafte Lösung des Konflikts könne er sich allerdings nur unter Beteiligung des Sicherheitsrates und auf der Basis der Schlussakte von Helsinki vorstellen. Ein Mitglied der Delegation **Rumäniens** äußerte seine Sorge um die Region. Sein Land werde das Kosovo nicht anerkennen, weil es die Voraussetzungen als nicht gegeben ansehe. Rumänien werde sich aber weiterhin für regionale Stabilität und Sicherheit einsetzen. Ein Mitglied der Delegation **Moldawiens** stellte fest, dass die Unabhängigkeitserklärung sowohl eine Verletzung der territorialen Integrität Serbiens als auch von OSZE-Grundsätzen darstelle. Er sehe in der Erklärung eine Förderung des Separatismus, was zwangsläufig zu Spannungen führen müsse. Ein Mitglied der Delegation **Portugals** sprach sich dafür aus, dass in der Region eine nachhaltige Entwicklung gefördert werden müsse. Das bedeute auch, dass die Präsenz von internationalen Organisationen vor Ort gestärkt werden müsse. Er rege an, eine Mission von Parlamentariern in die Region zu entsenden, nicht nur um Präsenz zu zeigen, sondern auch um den Einfluss der OSZE PV zu sichern. Ein Mitglied der Delegation **Kanadas** erklärte, dass Serbien wie auch das Kosovo Teil des OSZE-Raumes seien. Kanada habe den Kosovo zwar noch nicht anerkannt, aber sehe - ebenso wie andere - in der Unabhängigkeitserklärung des Kosovo keinen Präzedenzfall für andere Regionen. Er rege an, Roberto Batelli, Sonderbotschafter für Südosteuropa, mit einem Team erfahrener Parlamentarier in die Region zu entsenden, um direkt vor Ort Kontakt

aufzunehmen. Ein Mitglied der Delegation **Aserbaidschans** erklärte, dass ihm die Missachtung der Souveränität und der territorialen Integrität Serbiens Sorgen bereite. Alles was das Völkerrecht aushöhle, sollte vermieden werden. Aserbaidshan werde das Kosovo nicht anerkennen. Ein Mitglied der Delegation **Russlands** sprach von einem „schwarzen“ Tag in Europa. Mit der Unabhängigkeitserklärung werde ein verantwortungsloser Weg beschritten und die Bestimmungen der Satzung der UN würden ignoriert. Er sehe zudem einen gefährlichen Präzedenzfall. Es bestehe die Möglichkeit, dass viele Serben das Kosovo verlassen könnten. Das vorhandene Statusproblem könne nur noch mit Hilfe des UN-Sicherheitsrates gelöst werden. Ein Mitglied der Delegation **Norwegens** gab bekannt, dass sein Land das Kosovo anerkannt habe und er in der Unabhängigkeit eine Herausforderung für den Frieden und die Stabilität in der Region sehe. Dieser Herausforderung könne nur gemeinsam begegnet werden. Ein Mitglied der Delegation **San Marinos** wies darauf hin, dass in dieser Situation die Präsenz der OSZE in der Region immense Bedeutung habe, insbesondere mit Blick auf den Minderheitenschutz. Ein Mitglied der Delegation **Spaniens** sah die Situation als äußerst schwierig an. Spanien sehe durchaus das Völkerrecht und die territoriale Integrität verletzt. Er befürchte, dass das Kosovo durchaus ein Präzedenzfall sein könne. Unsicherheit und Instabilität hätten dadurch zugenommen. Ein Mitglied der Delegation **Griechenlands** bemerkte, dass die Erhaltung von Frieden und Stabilität auf bestimmten Grundsätzen beruhen müsse. Er frage sich, ob die Unabhängigkeitserklärung diesem Ziel diene. Gleichzeitig trete er dafür ein, die OSZE-Mission im Kosovo fortzuführen. Ein Mitglied der Delegation **Großbritanniens** sprach sich gegen einseitige neue Grenzziehungen aus. Er sehe in der Unabhängigkeitserklärung durchaus einen Präzedenzfall für andere Regionen. Dieser Schritt der Regierung in Priština werde - so seine Vorhersage - auch zu Schwierigkeiten bei der Aufnahme in die EU führen. Der Minderheitenschutz im Kosovo müsse unbedingt gewährleistet werden. Ein Mitglied der Delegation **Frankreichs** sah in der Erklärung nach dem Status quo eine akzeptable Lösung. Frankreich habe das Kosovo anerkannt und er begrüße das Engagement der EU beim Aufbau einer zivilen Verwaltung im Land. Die OSZE müsse auch weiterhin in der Verantwortung bleiben. Er sehe keinen Präzedenzfall und verurteile die im Zuge der Erklärung entstandene Gewalt in Serbien gegen diplomatische Einrichtungen aufs schärfste. Ein Mitglied der Delegation **Italiens** teilte mit, dass Italien das Kosovo anerkannt habe. Die Region müsse stabilisiert werden und er könne sich vorstellen, dass die OSZE bei möglichen Gesprächen zwischen der serbischen und der kosovarischen Regierung eine wichtige Rolle spielen könnte. Ein Mitglied der Delegation der **Niederlande** zeigte sich besorgt über den Anstieg von Gewalt in Serbien. Eine Entscheidung des VN-Sicherheitsrates hätte eine verlässlichere Basis dargestellt als die einseitige Erklärung des Kosovo. Die Niederlande würden die Entscheidung über die Anerkennung von der Entwicklung der Rechtsstaatlichkeit und dem Umgang mit Minderheiten im Kosovo abhängig machen. Abg. **Marieluise Beck** (Deutschlands) machte deutlich, dass sich in einem zerfallenden Jugoslawien ein Verbrechen nach dem anderen abgespielt habe. Europa sei demgegenüber hilflos gewesen, ebenso wie die VN, der keine völkerrechtlichen Mittel zur Verfügung gestanden hätten, um wirklich adäquat zu reagieren. Niemand bejuble, dass dieser Schritt durch das Kosovo getan worden sei. Die Partner und Partnerinnen in diesem Prozess seien die Bürgerinnen und Bürger, die diese Zeit überwinden wollten und Freiheit und Demokratie sowie die Zugehörigkeit zu einem westlichen, demokratischen Europa anstrebten. Ihnen sollte die Tür geöffnet werden. Die Unabhängigkeitserklärung sei eine Voraussetzung dafür. Jetzt gelte es, den Blick nach vorn zu richten und nicht weiter Öl ins Feuer zu gießen. Ein Mitglied der

Delegation **Sloweniens** rief die PV auf, die demokratischen Kräfte im westlichen Balkan mehr als bisher zu stärken. Die NATO, die EU und die OSZE PV müssten im Kosovo bleiben, um für Ruhe und Stabilität zu sorgen.

Präsident **Göran Lenmarker** (Schweden) dankte für die Kommentare und stellte fest, dass die OSZE und die OSZE PV nötiger denn je seien, wenn es um Konfliktbewältigung gehe. Er stimme der Auffassung zu, dass der Minderheitenschutz hohe Priorität habe, aber ebenso gelte es, das kulturelle Erbe zu bewahren und die Dialogbereitschaft zu fördern. Die OSZE PV habe hierbei eine wichtige Aufgabe. Er werde zusammen mit Roberto Batelli prüfen, inwieweit die PV stärker in diesen Prozess einbezogen werden könne und kündigte an, dass er in Astana hierzu einen Bericht abgeben werde.

Der **Präsident** rief das zweite Thema der Sonderdebatte „Raketenabwehr und der KSE-Vertrag“ auf.

Ein Mitglied der Delegation **Russlands** rief in Erinnerung, dass 1999 beim OSZE-Gipfel in Istanbul eine modifizierte Fassung des KSE-Vertrages unterzeichnet worden sei, die den neuen Realitäten Rechnung tragen sollte. Dieser Vertrag sei bisher nur von Russland, Weißrussland, Kasachstan und der Ukraine ratifiziert worden. Das mache deutlich, dass Russland auch weiterhin zu dem Vertragswerk stehe. Georgien und Moldawien sowie die NATO-Staaten verweigerten die Ratifizierung mit dem Einwand, dass Russland die Istanbul Vereinbarungen über den Truppenabzug aus Georgien und Moldawien nicht erfüllt habe, die gleichzeitig mit dem angepassten KSE-Vertrag unterzeichnet worden seien. Präsident Wladimir Putin habe die Bindung Russlands an den KSE-Vertrag und die damit verbundenen internationalen Verträge ausgesetzt. Die Bedrohung Russlands durch das geplante Raketenschild störe das strategische Gleichgewicht. Russland sei dadurch zu dem Moratorium gezwungen worden. Ein Mitglied der Delegation der **USA** wies darauf hin, dass der Raketenschild noch keine Wirklichkeit und das russische Moratorium daher unnötig gewesen sei. Er sei der Auffassung, dass der KSE-Vertrag weiter aufrechterhalten werden müsse, denn er stelle einen Eckpfeiler der europäischen Sicherheitsarchitektur dar. Auch die russische Seite müsse die Verpflichtungen aus diesem Vertrag erfüllen. Ein Mitglied der Delegation **Großbritanniens** begrüßte das eindeutige Bekenntnis Russlands zum KSE-Vertrag und rief Russland auf, die einseitige Aussetzung zurückzunehmen. Ein Mitglied der Delegation der **Türkei** stellte fest, dass der KSE-Vertrag einen wichtigen Beitrag zur Abrüstung darstelle. Umso enttäuschender sei für ihn daher die einseitige Aussetzung des Vertrages von Seiten Russlands. Abg. **Uta Zapf** (Deutschlands) schloss an, dass der KSE-Vertrag zur Vertrauensbildung und Transparenz in der Abrüstung offensiver Waffensysteme beitrage. Es müsse wieder zu vertraglichen Regelungen zurückgefunden werden, die den Sicherheitsbedürfnissen aller Länder entgegenkämen. Es bestehe kein Interesse an einer Konfrontation oder einem neuen Rüstungswettlauf. In diesem Zusammenhang halte sie es für sinnvoll, in einer Bedrohungsanalyse festzustellen, ob ein Raketenschild notwendig sei. Es gehe jetzt darum, den KSE-Vertrag zu „retten“, denn eine dauerhafte Aussetzung liefe den Bemühungen der OSZE für Stabilität und Sicherheit entgegen. Ein Mitglied der Delegation **Russlands** entgegnete, dass die Beibehaltung des Moratoriums auch von der konkreten militärischen Lage abhänge. Russland weigere sich nicht, die Gespräche auch während des Moratoriums fortzuführen.

Präsident **Göran Lenmarker** (Schweden) bilanzierte, es müsse im Sinne aller sein, dass die Regelungen des KSE-Vertrages eingehalten würden. Die Reduzierung des Rüstungsniveaus und das damit entstandene Vertrauen seien Errungenschaften, die unbedingt erhalten werden müssten.

**Tone Tingsgard** (Schweden, Sonderbeauftragte für Genderfragen), berichtete, dass die Unterrepräsentation der Frauen auch für die OSZE PV ein Problem darstelle, weil die selbst gesetzten Standards nicht eingehalten würden. Die Anzahl weiblicher Delegierten sei zurückgegangen. Sie ermutige daher alle Frauen, aktiv in der PV mitzuarbeiten. Der Europarat habe z. B. den Vorschlag eingebracht, wenn eine Delegation nur aus Männern bestehe, solle sie sich an Abstimmungen nicht beteiligen dürfen. Eine solche Regelung könne sie sich auch für die OSZE PV vorstellen. Sie fordere alle Abgeordneten auf, sich aktiv für die Verbesserung der Situation einzusetzen.

Ein Mitglied der Delegation der **Ukraine** machte den Vorschlag, dass die Delegationen grundsätzlich je zur Hälfte aus Frauen und Männer bestehen sollten. Ein Mitglied der Delegation **Italiens** regte an, eine Arbeitsgruppe Gleichstellung ins Leben zu rufen sowie eine Umfrage über den Stand der Gleichberechtigung im OSZE-Raum durchzuführen. Ein Mitglied der Delegation **Spaniens** stellte fest, dass der Bericht zeige, dass es bisher an einem echten Willen fehle, Gleichberechtigung herzustellen. Spanien bereite ein Gesetz vor, mit dem die Gleichberechtigung herbeigeführt werden soll. Ein Mitglied der Delegation **Albaniens** merkte an, dass in Albanien per Gesetz die Wahllisten einen Frauenanteil von 30 % haben müssen. Ein Mitglied der Delegation **Großbritanniens** regte an, das Thema Gleichstellung grundsätzlich auf jeder Versammlung zu debattieren.

**Tone Tingsgard** (Schweden) erwiderte, dass ihr die gemachten Anmerkungen zeigten, dass es im OSZE-Raum viele positive Beispiele gebe, wie die Gleichberechtigung von Frauen und Männern vorangetrieben werden könne.

Präsident **Göran Lenmarker** (Schweden) schloss die 7. Wintertagung der OSZE PV mit einem Dank an alle Beteiligten. Er habe sich über die lebendigen Debatten gefreut und aus diesen viele Anregungen für die weitere Arbeit der OSZE PV mitgenommen.

gez.  
Willy Wimmer  
(Stellvertretender Delegationsleiter)